

Menschenrechtsprojekte

Die VEM unterstützt Projekte zur Durchsetzung und Wahrung des Rechtes auf Religionsfreiheit sowie Initiativen im Bereich des interreligiösen Dialoges.

- Gemeinsam mit Vertretern der muslimischen Gemeinde führt die Christliche Kirche in Nordmittlejava (GKJTU) öffentliche Fastenaktionen und Diskussionsveranstaltungen durch. In einem gemeinsamen Programm werden in Schulen die Frage eines friedlichen Miteinanders verschiedener Religionsgruppen thematisiert und Vergebungsrituale eingeübt.
- Die VEM fördert den indonesischen Kirchenrat im Eintreten für Religionsfreiheit. Durch professionellen Rechtsbeistand hilft der Kirchenrat christlichen Gemeinden, deren Kirchengebäude auf Druck von außen geschlossen werden sollen oder deren Landbesitzrechte vor Gericht angefochten werden, wie im Fall der HKBP-Gemeinde in Bekasi auf Java.
- Fünf Gemeinden der Christlich-Protestantischen Kirche in Indonesien (GKPI), deren Kirchen in unmittelbarer Nähe von Moscheen stehen, führen Dialogprogramme mit ihren muslimischen Nachbarn durch. Ziel ist es, Vorurteile abzubauen und Vertrauen unter den Mitgliedern der beiden Religionsgemeinschaften zu stärken. Die Kirche bietet Begegnungstagen an, zu denen Angehörige aller großen Religionsgruppen eingeladen werden.

Vor dem Präsidentenpalast in Jakarta demonstrieren Indonesier für Religionsfreiheit:
»Der Präsident muss dafür sorgen, dass die Menschen Gottesdienst feiern dürfen.«



Vereinte Evangelische Mission
Gemeinschaft von Kirchen
in drei Erdteilen

Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal
Fon +49 (0) 202-890 04-168
Fax +49 (0) 202-890 04-179
jpic@vemission.org
www.vemission.org

Für Religionsfreiheit. Für Menschenrechte.

Projektinformation zur VEM-Menschenrechtsaktion 2011



Bitte helfen Sie mit Ihrer Spende den Opfern von Menschenrechtsverletzungen.

Spendenkonto:
KD-Bank eG
BLZ 350 601 90
Konto Nr. 90 90 90 8

Stichwort: Menschenrechte

Ihr Ansprechpartner bei der Vereinten Evangelischen Mission:

Dr. Jochen Motte
Mitglied des Vorstands

Abteilung Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der Schöpfung
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal

Fon +49 (0) 202 890 04-168
Fax +49 (0) 202 890 04-179
jpic@vemission.org

www.vemission.org



Dr. Jochen Motte



Bilder: VEM-Bildarchiv, epd-Bild, PGI, Gestaltung MediaCompany GmbH; Titelmotiv Jola Fiedler

Lebt mit allen Menschen in Frieden

Römer 12, 18





Die Mitglieder der HKBP feierten im September 2009 Gottesdienst unter freiem Himmel auf kircheneigenem Land in Ciketing Bekasi, weil ihnen der Bau einer Kirche verwehrt worden ist.

Für Religionsfreiheit

In vielen Ländern werden Menschen daran gehindert, ihr Recht auf Religionsfreiheit ungehindert und ohne Gefahr für das eigene Leben auszuüben. 2009 registrierte das Setara Institut für Demokratie und Frieden in Indonesien mehr als 200 Verletzungen des Rechtes auf Religionsfreiheit. Dazu zählen mindestens 30 Angriffe auf Kirchen und eine Reihe von Versuchen, christlichen Gemeinden die Genehmigung zur Religionsausübung zu entziehen. Zu den betroffenen Kirchen zählen auch die Gemeinden der protestantischen Toba-Batak-Kirche in **Bogor und Bekasi auf Java**, die

mit der VEM verbunden sind. Weniger bekannt ist, dass auch andere – selbst muslimische – Religionsgemeinschaften in **Indonesien** Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt sind und dies durch ministerielle Erlasse der Regierung legitimiert wurde.

Auch für die Kirchen in Europa ist die Frage der Religionsfreiheit und eines friedlichen Miteinanders der Religionen eine Herausforderung, wie das Verbot des Baus von Minaretten in der **Schweiz** zeigt oder auch die Frage des Tragens religiöser Symbole in der Öffentlichkeit. Kirchen sind dabei aufge-

rufen, denen entgegenzutreten, die mit fremden- und islamfeindlicher Politik Ängste in der Bevölkerung für sich ausnutzen wollen.

Auch wenn sich heute viele Christen wie selbstverständlich für das Recht auf Religionsfreiheit einsetzen und sich darauf berufen, sei daran erinnert, dass dieses Recht bis in dieses Jahrhundert, und innerhalb einiger orthodoxer Kirchen bis heute, bekämpft und abgelehnt wurde. Entstanden ist es im Anschluss an blutige Religionskriege während der Reformationszeit. Erst mit der Befreiung des Staates von einer festgelegten religiösen Ausrichtung konnte diesem Recht auf der Grundlage einer klaren Trennung von Staat und Kirche Geltung verschafft werden.

Die Vereinte Evangelische Mission stärkt ihre Mitgliedskirchen in Asien, Afrika und Deutschland beim Eintreten für Religions-

freiheit und unterstützt die Opfer von Diskriminierung und Verfolgung. Die Kirchen arbeiten dabei eng mit Vertretern und Vertreterinnen anderer Glaubens- und Religionsgemeinschaften zusammen, um Gewalt zu überwinden, für Frieden einzutreten und sich gemeinsam den sozialen Herausforderungen zu stellen.

Auf internationaler Ebene gibt es zunehmend Bestrebungen einer Reihe islamischer Länder, das Recht auf Religionsfreiheit umzudeuten in ein Recht, Religion vor vermeintlicher Diffamierung zu schützen. Damit verbunden ist die Gefahr, das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken. Auch wenn innerhalb einer Gesellschaft gegenseitig Rücksicht auf die Gefühle der Anhänger von Religionsgemeinschaften genommen werden muss, so sollte jede Religion offen sein für Kritik.

Der Bau einer neuen Großmoschee in Köln-Ehrenfeld führte im November 2009 zu massiven Protesten der Anwohner.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der interreligiösen Tagung »Religion(s) – Freiheit – Menschenrechte. Herausforderungen an die Kirchen zur Überwindung von Gewalt«.

»Lebt mit allen Menschen in Frieden«

Im Römerbrief ermahnt Paulus die Gemeinde im 12. Kapitel zu einem liebevollen Umgang untereinander. Paulus richtet sich nicht nur an die Gemeindeglieder, sondern an alle Bewohner Roms. Sein Aufruf zum friedlichen Zusammenleben mit allen Menschen schließt die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften in der Weltstadt Rom ein, in der die Christen eine kleine und verfolgte Minderheit sind. Das Wort des Paulus gilt aber nicht weniger in einer Situation, in der Christen selbst die Mehrheit bilden und Verantwortung in Staat und Gesellschaft tragen. Deshalb tritt die VEM grundsätzlich ein für das Recht auf freie Religionsausübung in anderen Weltregionen und in Deutschland.

In Indonesien, einem Land mit über 90 Prozent muslimischer Bevölkerung, kommt es immer wieder zu Spannungen zwischen

Angehörigen unterschiedlicher Religionsgruppen. Religiöse Minderheiten haben darunter besonders zu leiden. Der Regierung wird vorgeworfen, das Recht auf Religionsfreiheit nicht entschieden genug zu verteidigen und gegen Provokateure und Fundamentalisten vorzugehen. Im September 2010 kam es zu einem Angriff auf Mitglieder einer Gemeinde der Christlich-Protestantischen Toba-Batak-Kirche (HKBP) in Bekasi in der Nähe von Jakarta. Religionsführer haben sich öffentlich gegen die Gewalt gewandt und die Regierung zum Handeln aufgefordert, darunter Professor Din Syamsuddin, der Leiter der Muhammadiyah, einer großen muslimischen Organisation. Er hatte im März 2010 an einer Tagung der VEM und der Evangelischen Kirche von Westfalen zum Thema Religionsfreiheit teilgenommen.